

Hohe Folgekosten drohen

Scharfe Kritik an geplanten Kürzungen der Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit

Fortsetzung von Seite 1

„Jungen Menschen sind aber die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen“, verweist Baumgarte auf die gesetzlichen Verpflichtungen, die aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz resultieren. „Wie fangen wir die stetig wachsende Zahl der sozial benachteiligten, von Armut bedrohten oder betroffenen Kinder und Jugendlichen auf? Wie werden wir künftig der gesellschaftlichen Verantwortung in der Förderung von Demokratie und Toleranz, Jugendbildung, Sucht- und Kriminalprävention sowie Kinder- und Jugendschutz noch gerecht?“

Der mit den Kürzungen verbundene Abbau von Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit habe irreversible Folgen, kritisiert Baumgarte: „Kurzfristig wird Geld eingespart, langfristig müssen hohe Folgekosten im Bereich Hil-

fen zur Erziehung, Heimunterbringung und Haftunterbringung einkalkuliert werden.“

Junge Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen, sie zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen, ihnen Werte, demokratische Handlungsweisen und Geschichtsverständnis zu vermitteln – das sind die klassischen Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeit.

„Unsere Jugendpfleger, Streetworker und Bildungsreferenten arbeiten vor allem bei Präventionsprojekten eng mit den Schulen zusammen, alles das droht wegzubrechen“, so Baumgarte.

Bereits 2004/2005 beim Übergang des damaligen Feststellenprogramms auf das heutige Fachkräfteprogramm wurden die Mittel von 5,1 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro gekürzt, 2013 gibt das Land dafür nur noch 3,0 Millionen Euro aus. Für die Jugendpauschale werden 6,0



Tobias Baumgarte arbeitete zehn Jahre in den Jugendclubs „Würfel“ und „Albatross“, dann wechselte er in den Bereich Hilfen zur Erziehung bei ResoWitt.

Foto: Wolfgang Gorsboth

Millionen Euro ausgereicht. Davon werden zurzeit im Kreis Wittenberg 19 Stellen (mit-)finanziert, wobei die

Fachkräfte durchschnittlich nur 30 Stunden pro Woche bezahlt bekommen und bis zu fünf Einrichtungen betreuen müssen.

Schon die bisherige Förderung ist aus Sicht des KKJR und der freien Träger längst nicht mehr auskömmlich, weil die Tarife für die Jugendpfleger und Sozialarbeiter seit rund 15 Jahren auf niedrigem Niveau rangieren. „Mit Idealismus und Herzblut allein kann die Arbeit nicht aufrechterhalten werden“, warnt Baumgarte. Da die qualifizierten Mitarbeiter in der Regel über einen Hochschulabschluss verfügen, wandern sie in besser bezahlte Stellen ab. Die über die Jugendpauschale finanzierten Stellen sind ohnedies immer nur auf ein Jahr befristet, das bedeutet, dass freie Träger und Mitarbeiter keine Planungssicherheit haben.

Baumgarte: „Wo sich die öffentliche Hand aus ihrer Verantwortung zurückzieht, besteht die Gefahr, dass

rechtsextreme Organisationen in die Bresche springen, Kinder- und Sportfeste, Fußballturniere, Wanderungen mit gemeinschaftsbildenden Naturerlebnissen, Osterfeuer, Sonnenwendfeiern und andere kinder- und jugendspezifische Aktivitäten anbieten, um ihre Ideologie näherzubringen.“

Außerdem plant die Landesregierung Kürzungen beim Netzwerk der Beratungsstellen, davon könnten in Wittenberg unter anderem auch die Suchtberatungsstelle sowie die Ehe- und Familienberatungsstelle betroffen sein.

Info:

Der KKJR hat für Freitag, den 21. Juni, ein Arbeitsgespräch zu den geplanten Kürzungen angesetzt, dazu sind unter anderem alle Landtagsabgeordneten, Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen, der Fachdienst Jugend und Schule und der KKJR-Vorstand eingeladen